

*Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:
Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:*

1 **A2: Ein soziales Netz für die Klimakrise: Absicherung für eine** 2 **gerechte Zukunft**

3 Jährlich wiederkehrende Hitzewellen, Überschwemmungen, wie die Katastrophe im Ahrtal
4 oder Ernteausfälle wegen lang anhaltender Dürren: Die Klimakrise hat uns in den letzten Jahren
5 immer wieder gezeigt, dass sie sich nicht länger ignorieren lässt. Doch obwohl
6 Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft seit
7 Jahren überfällig sind, wurden Maßnahmen bislang massiv verschleppt und sind nun
8 dringlicher denn je. Trotzdem wird Klimapolitik oft als Kostenfaktor wahrgenommen, denn der
9 dringend nötige sozialpolitische Ausgleich wird zwar versprochen, aber selten umgesetzt – wie
10 das Beispiel des Klimagelds zeigt. Ohne eine konsequente sozialpolitische Begleitung ist
11 Klimapolitik jedoch nicht nur politisch kaum durchsetzbar, sondern birgt auch erheblichen
12 sozialen Sprengstoff.

13

14 **Neue Risiken durch Klimakrise und Klimapolitik**

15 Die Klimakrise hat vielfältige direkte und indirekte Auswirkungen auf das Leben der
16 Menschen. Extreme Wetterereignisse und die daraus resultierenden Schäden bedrohen oft
17 unmittelbar die Existenz der Betroffenen. Darüber hinaus haben klimapolitische
18 Anpassungsmaßnahmen sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Reaktionen auf die
19 Klimakrise – wie beispielsweise steigende Energiepreise – ebenfalls erhebliche finanzielle
20 Konsequenzen für viele Menschen.

21

22 Einige der durch die Klimakrise oder die damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen
23 entstehenden Risiken werden bereits aufgefangen, etwa durch die Krankenversicherung bei
24 neuen oder häufiger auftretenden Krankheiten und durch die Arbeitslosenversicherung bei
25 Veränderungen des Arbeitsmarkts. Einkommenseinbußen, die aus Klimakrise und -politik
26 resultieren, werden momentan nicht ausreichend aufgefangen. Dazu gehören notwendige
27 Ausgaben zum Schutz vor Klimafolgen sowie Preissteigerungen, die durch
28 marktwirtschaftliche Entwicklungen oder staatliche Klimamaßnahmen wie CO₂-Steuern und
29 Emissionshandel entstehen und vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen
30 besonders belasten. Hier könnte eine neue Sozialversicherung sicherstellen, dass niemand
31 aufgrund der direkten Folgen des Klimawandels oder erforderlicher Klimapolitik finanziell
32 stark beeinträchtigt wird.

33

34 **Warum eine Sozialversicherung?**

35 Angesichts der bevorstehenden Umwälzungen brauchen wir jedoch eine umfassende
36 Verknüpfung von Sozial- und Klimapolitik, die über isolierte Maßnahmen hinausgeht. Einzelne
37 Maßnahmen, wie etwa das Klimageld oder die Subvention neuer Heizungen, reichen dafür
38 nicht aus. Anknüpfen ließe sich stattdessen an das bewährte Modell der Sozialversicherung.

39

40 Die Vorteile der Sozialversicherung sind offensichtlich: Sie finanziert sich nicht durch Steuern,
41 sondern durch die Beiträge der Versicherten, wodurch ein direkter Zusammenhang zwischen
42 Beiträgen und Leistungen entsteht. Transferzahlungen erhalten einen einheitlichen
43 institutionellen Rahmen und können durch Beratungs- und Präventionsarbeit sinnvoll ergänzt
44 werden. Zudem ermöglichen sozial gestaffelte Ein- und Auszahlungen sozialen Ausgleich.
45 Schließlich sind Sozialversicherungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts weitgehend
46 eigenständig und – abgesehen von staatlichen Zuschüssen – unabhängig vom Bundeshaushalt.

47

48 **Klimapolitik und Sozialpolitik aus einem Guss**

49 Wir streben deshalb die Einführung einer Ökosozialversicherung als sechste Säule des
50 deutschen Sozialversicherungssystems an. Diese Versicherung soll Einkommensverluste
51 abdecken, die durch erhöhte Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen oder durch Schäden infolge
52 von Extremwetterereignissen entstehen. Dabei wäre eine Staffelung der Beitragssätze nach
53 regionalem Risiko und bedrohten Wohneigentum sinnvoll. Der Versicherungsfall tritt ein,
54 wenn die finanziellen Belastungen sozial extrem ungleich verteilt oder nicht mehr tragbar sind.
55 Um dies zu gewährleisten, müssen klare Indikatoren und Schwellenwerte definiert werden, die
56 die Sozialversicherung im Rahmen ihrer Selbstverwaltung festlegt. Im Falle des
57 Versicherungsfalls könnten sozial gestaffelte Ausgleichszahlungen erfolgen, um
58 Einkommenseinbußen gezielt zu kompensieren. Ergänzt werden könnte dies durch Beratungs-
59 und Präventionsangebote.

60

61 Die Finanzierung der Ökosozialversicherung sollte grundsätzlich von Erwerbstätigen und
62 Unternehmen gemeinsam getragen werden. Dabei sollten die Beiträge der Erwerbstätigen
63 einkommensabhängig gestaffelt sein. Für Unternehmen sollte eine Beitragsstaffelung nach
64 CO₂-Emissionen eingeführt werden, um zusätzliche Anreize zur Dekarbonisierung zu schaffen.